
Aufnahme- und Eingliederungsamt

Sozialausschuss
öffentlich

25.02.2014
TO Nr. 1

Rechts-und Ordnungsamt

Bericht zur Situation der Asylbewerber; Infoveranstaltung über Verhältnisse in den Herkunftsländern und Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren

I. Beschlussantrag

1. Kenntnisnahme.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der Wohnbau GmbH Göppingen über die Aufstockung des Verwaltungstraktes der Gemeinschaftsunterkunft Göppingen 1, Pappelallee 11, Verhandlungen zu führen.

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

- a) Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 folgenden Antrag gestellt: „In welcher Form kann sich der Landkreis, ggf. der Landkreistag für eine Beschleunigung von Asylverfahren einsetzen?“
- b) Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Grüne hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 die Durchführung einer öffentlichen Informations- bzw. Vortragsveranstaltung vorgeschlagen, mit dem Ziel, über die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern und über die Lebensverhältnisse der Menschen dort zu informieren.
- c) Die CDU-Kreistagsfraktion hat im Rahmen der Haushaltplanberatungen 2014 folgenden Antrag gestellt: „Wir beantragen einen zeitnahen Bericht zur Asylbewerbersituation (Bewerberzahlen, Plätze in den Gemeinden, Kostenerstattung durch das Land).“
- d) Die FDP-Kreistagsfraktion hat im Rahmen der Haushaltplanberatungen 2014 folgenden Antrag gestellt: „Wir bitten außerdem um einen Bericht über die derzeitige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern insbesondere auch der Wohn- und Lebensbedingungen.“

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Über die Unterbringungssituation von Asylbewerbern wurde zuletzt in der Sitzung des Sozialausschusses am 15.10.2013 (SA 2013/22) berichtet.

Seit mehreren Jahren ist ein stetiger Anstieg der Asylbewerberzahlen zu beobachten. Stellten im Jahre 2012 noch 77.651 Personen einen Asylantrag, waren es im vergangenen Jahr bereits 109.580 Personen. Baden-Württemberg hat im Jahre 2012 7.913 Asylbewerber aufgenommen. Im Jahr 2013 stieg diese Zahl bereits auf 13.853 Personen. Für das laufende Jahr wird mit einem Anstieg auf ca. 18.000 Asylbewerber gerechnet. Die nach Baden-Württemberg kommenden Flüchtlinge stellen in der Regel in der Zentralen Flüchtlingsaufnahmestelle des Landes in Karlsruhe ihren Asylantrag und werden von dort zur Unterbringung an die Stadt- und Landkreise verteilt. Die Asylanträge werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft und entschieden. Jeder Asylbewerber hat die Möglichkeit, gegen ablehnende Entscheidungen vor den Verwaltungsgerichten zu klagen.

Der Tätigkeitsbereich der Landkreise beschränkt sich darauf, die Flüchtlinge während des Asylverfahrens unterzubringen, zu betreuen und zu versorgen. Die entscheidenden „Stellschrauben“ für die Dauer der Asylverfahren sind die personellen Ausstattungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichte. Die Landratsämter sind am eigentlichen Asylverfahren nicht beteiligt und haben deshalb auf dessen zeitlichen Ablauf auch keinen direkten Einfluss. Für die Bearbeitung eines Asylantrages benötigte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Baden-Württemberg im Jahre 2013 (Stand: 31. Juli 2013) durchschnittlich 9,9 Monate. Erinstanzliche Asyl-Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten dauerten in Baden-Württemberg im Jahre 2012 durchschnittlich 9,6 Monate.

Der Landkreistag hat in den vergangenen Monaten mehrfach der Landesregierung vorgeschlagen, bei den Verwaltungsgerichten spezielle Asylkammern einzurichten, um auf diese Weise einen rascheren Abschluss der Klageverfahren zu erreichen.

Daneben prüft die Landesregierung gegenwärtig, ob sie die Zentrale Flüchtlingsaufnahmestelle des Landes in Karlsruhe durch einen weiteren Standort mit zusätzlichem Personal entlasten kann, um auf diese Weise die Verfahren zu beschleunigen.

Die Durchführung einer Informationsveranstaltung über die Herkunftsländer von Asylbewerbern würde detaillierte Kenntnisse über die aktuelle politische Situation in verschiedenen Ländern wie etwa Russland, Syrien, Serbien, Mazedonien und Afghanistan, sowie Kenntnisse über die dortige soziale Situation der Flüchtlinge erfordern. Dieses spezielle Hintergrundwissen ist in der Landkreisverwaltung im Hinblick auf die fehlende Zuständigkeit bei der Entscheidung über Asylanträge nicht gegeben.

Angesichts dieser Sachlage könnte eine möglicherweise von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege initiierte Informationsveranstaltung, etwa unter Beteiligung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, in Erwägung gezogen werden.

Zugangszahlen:

Der Landkreis musste im Jahr 2013 insgesamt 350 Personen (334 Asylbewerber und 16 sonstige Personen, wie z.B. Folgeantragsteller) aufnehmen. Im Jahr 2012 waren es noch 212 Personen. In den Jahren 2010 bis 2013 wurden insgesamt 809 Personen wie folgt aufgenommen.

	Asylbewerber	Sonstige Personen (überwiegend Folge- antragsteller)	Gesamt
2010	99	20	119
2011	115	13	128
2012	195	17	212
2013	334	16	350

Im Jahr 2013 entspricht dies einer Steigerung um 65% im Vergleich zum Vorjahr. Die Asylantragszahlen auf Bundesebene sind 2013 um 63,6% im Vergleich zum Jahr 2012 gestiegen.

Hauptherkunftsländer 2013 (Bund):

Russische Föderation	13,6%
Syrien	10,8%
Serbien	10,5%
Afghanistan	7,1%
Mazedonien	5,7%
Iran	4,0%
Pakistan	3,7%
Irak	3,6%
Somalia	3,5%
Eritrea	3,3%
Sonstige Länder	34,2%

Unterbringungssituation:

Der Landkreis Göppingen unterhält derzeit folgende Gemeinschaftsunterkünfte (GU):

Gemeinde/Stadt	Kapazität
Bad Ditzenbach	14
Böhmenkirch	6
Börtlingen	7
Ebersbach	64
Eislingen	25
Göppingen 1	214
Göppingen 2	68
Kuchen	12
Mühlhausen	5
Salach	9
Uhingen	12
Summe	436

Die Gesamtkapazität der derzeit verfügbaren GU's beläuft sich z. Zt. auf 436 Unterbringungsplätze. Im Verlauf der nächsten Wochen werden voraussichtlich weitere in Kreiskommunen vorhandene Objekte hinzukommen.

Die GU Kanalstr. 4 in Göppingen muss vor allem aus brandschutztechnischen Gründen aufgelöst werden. Die Kündigung dieses Objekts durch die Stadt Göppingen steht im Raum. Hierdurch wird sich die Gesamtsituation der Unterbringung noch einmal weiter verschärfen.

Die GU in Eislingen wird von der Stadt Eislingen ausgebaut und um ca. 30 Plätze erweitert.

Am 31. Dezember 2013 waren in den GU im Landkreis insgesamt 414 Personen untergebracht. Weitere 36 Personen waren auf Grund besonderer Umstände, z.B. wegen gesundheitlicher Einschränkungen oder weil es sich um unbegleitete minderjährige Asylbewerber handelt, außerhalb einer GU untergebracht.

Die Zusammensetzung des Personenkreises im Landkreis nach Herkunftsländern ist in Anlage 1 dargestellt.

Die durchschnittliche Verweildauer in den GU beträgt aktuell 18,3 Monate.

Insgesamt waren am 31.12.2013 628 Personen im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Hierbei handelt es sich neben dem Personenkreis der Asylbewerber auch um Personen in der sogenannten Anschlussunterbringung nach dem Ende des Asylverfahrens.

Im Zuge der Verabschiedung des Haushalts 2014 hat der Kreistag auf Vorschlag der Verwaltung die Schaffung von weiteren 6,0 Personalstellen beschlossen. Dieser Mehrbedarf ist neben dem Umstand weiterer Zugänge von monatlich 35 bis 50 Personen wesentlich durch die dezentrale Unterbringung

über den gesamten Landkreis hinweg bedingt. Die Betreuung der Flüchtlinge erfolgt aktuell noch für den gesamten Landkreis zentral vom Standort Göppingen aus. Im Zuge des Verlaufs der weiteren Dezentralisierung ist vorgesehen, vor Ort für die Versorgung und Betreuung möglichst „Bezirksstützpunkte“ einzurichten, die im besten Fall mit Sozialpädagogen sowie Heimleitungs- und Hausmeisterpersonal ausgestattet sind. Die konkrete Umsetzung ist von der Entwicklung der Unterbringungsgegebenheiten abhängig und muss insoweit flexibel erfolgen.

Nach dem Inkrafttreten des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) zum 01.01.2014 ist im Rahmen der vorläufigen Unterbringung vorgesehen, dass den Flüchtlingen Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermittelt werden. Der Landkreis erhält dafür vom Land einmalig 91,36 € pro zugewiesenem Asylbewerber erstattet. Eine Sprachkurskonzeption wird derzeit von der Verwaltung erarbeitet.

In der GU Pappelallee ist die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes beabsichtigt. Den über 200 dort lebenden Flüchtlingen sollen dort Freizeit- und Schulungsräume zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung beabsichtigt, hierüber mit dem Vermieter, der Wohnbau GmbH Göppingen, in abschließende Verhandlungen zu treten und bittet hierfür um Zustimmung des Gremiums.

Die Kreistagsfraktionen der SPD und der FDP haben im Rahmen der 2. Lesung zum Haushalt 2014 um einen Bericht zur Situation der Kinder von Asylbewerbern in der Pappelallee gebeten. Hierüber soll voraussichtlich in der Sitzung des Sozialausschusses am 06.05.2014 berichtet werden,

Pauschale Erstattung durch das Land

Vom Land erhält der Landkreis je zugewiesenem Asylbewerber eine einmalige Kostenpauschale erstattet. Diese wird sechs Monate nach Zuweisung fällig. Mit dieser Pauschale sollen sämtliche Ausgaben während der Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften abgegolten werden. Das Land ist bei Festlegung der Pauschale von einer durchschnittlichen Verweildauer in den Unterkünften von 18 Monaten ausgegangen. Im Landkreis Göppingen beträgt die durchschnittliche Verweildauer derzeit 18,3 Monate.

Für die Jahre 2014-2016 setzt sich die Pauschale wie folgt zusammen:

Pauschalenbestandteile	Pauschale		
	2014 (§ 22 Abs. 1)	2015 (§ 22 Abs. 1)	2016 (§ 15 Abs. 3)
Liegenschaftsausgaben	2.508,65	3.055,53	3.618,26
Verwaltungsausgaben (einschl. Anschlussunterbringung)	1.587,07	1.610,88	1.635,04
Leistungsausgaben	5.953,10	6.042,39	6.133,03
Krankenausgaben	1.805,26	1.832,33	1.859,82
Betreuungsausgaben (2014: 888,38 € + Sprachförderung 91,36 €)	979,74	990,68	1001,79
Einnahmen	-268,28	-272,31	-276,39
	12.565,54	13.259,50	13.971,55
Pauschale:	12.566	13.260	13.972

Ab dem Jahr 2017 erhöht sich der Gesamtbetrag der Pauschale jährlich um 1,5 Prozent

Die Stadt- und Landkreise vertreten gegenüber dem Land die Auffassung, dass die Pauschale nicht auskömmlich ist. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Liegenschaftsausgaben durch die Erhöhung der Wohn- und Schlaflfläche je Person auf 7 qm ab 2016 stark steigen werden.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sieht eine Revision der Pauschale vor. Über die Modalitäten der Revision werden derzeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Verhandlungen geführt. Die Überprüfung des liegenschaftsbezogenen Pauschalenanteils wird nach bisherigen Informationen voraussichtlich bereits das Jahr 2014 erfassen.

III. Handlungsalternativen

Entfällt.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Für die mögliche Aufstockung des Verwaltungsgebäudes zur Schaffung von Betreuungs- und Freizeiträumen in der GU Pappelallee entstehen voraussichtliche Mietkosten in Höhe von jährlich ca. 14.000,-- €

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunftsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt				
	1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung				
	1	2	3	4	5
Zukunft des sozialen Zusammenlebens	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zukunft der Jugend	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zukunft der Senioren	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zukunft der Ausländerinnen und Ausländer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zukunft von Schule und Beruf	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Themen des Verwaltungsleitbildes nicht berührt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anlage zu Beratungsunterlage SA 2014/1

Belegung:
31.12.2013

Personen

Pakistan	54
Serbien	52
Afghanistan	47
Iran	39
Syrien	38
Indien	38
Russ. Föderation	35
China	30
Irak	28
Georgien	22
Sri Lanka	11
Mazedonien	10
Nigeria	10
Kosovo	10
Korea	5
Kamerun	4
Gambia	3
sonst. Asiatische	2
Türkei	2
Mongolei	2
Algerien	2
Somalia	1
Staatenlos	5
	450